



REGENSBURG
www.donau-post.de

Flüchtiger Straftäter wurde gefasst

Regensburg. (dp) Fahnder des bayerischen Landeskriminalamtes (LKA) haben am Mittwoch einen 41-Jährigen aus dem Rockermilieu verhaftet, der 2004 einen Kontrahenten mit dem Messer lebensgefährlich verletzt hatte. Gegen den deutschen Staatsbürger lagen mehrere Vollstreckungsbefehle der Staatsanwaltschaft Regensburg vor. Der 41-Jährige hatte 2004 in einer Gaststätte in der Oberpfalz einen Kontrahenten mit einem Jagdmesser niedergestochen und so schwer verletzt, dass nur eine Notoperation dessen Leben rettete. Er wurde unter anderem wegen dieser Tat vom Landgericht Regensburg zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Einen Teil seiner Freiheitsstrafe wurde 2017 zur Bewährung ausgesetzt. Da sich der 41-Jährige nicht an seine Bewährungsaufgaben hielt, erließ die Staatsanwaltschaft Regensburg drei Vollstreckungsbefehle. Am Mittwoch bekamen die Fahnder Hinweise auf einen möglichen Aufenthaltsort des Flüchtigen. Er hielt sich zusammen mit zwei weiteren Personen in einem werkstattähnlichen Gebäude in Regensburg auf. Dort wurde der 41-Jährige gegen 13 Uhr widerstandslos festgenommen und der Justizvollzugsanstalt Regensburg überstellt. Er wird nun eine mehrjährige Restfreiheitsstrafe verbüßen.

Volksbegehren „Rettet die Bienen“ zugelassen

Regensburg. (dp) Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ ist vom Innenministerium zugelassen worden. Vom 31. Januar bis zum 13. Februar können sich Bürger in Bayern in den Rathäusern eintragen. In Regensburg setzt sich die ÖDP dafür ein, dass die Eintragung an mehreren Stellen möglich ist, wie Pressesprecher Joachim Graf der Donau-Post sagte.

Wenn zehn Prozent der Wahlberechtigten in Bayern unterzeichnen, kommt es zum Volksentscheid. In Regensburg werden die ÖDP, der Bund Naturschutz und der Landesbund für Vogelschutz über den Winter versuchen, viele Menschen zu mobilisieren.

Beim Volksbegehren geht es vor allem darum, in ganz Bayern einen Biotop-Netzverbund zu schaffen und das Ausbringen von Pestiziden einzudämmen, um nicht nur den Bienen, Schmetterlingen und Vögeln, sondern dem gesamten Artenreichtum bessere Überlebenschancen zu verschaffen.

Das Bayerische Naturschutzgesetz soll so verbessert werden, dass die Lebensgrundlagen gesichert werden und den gefährdeten Arten geholfen wird. An den Gewässern sollen Uferstreifen verpflichtend geschützt werden.

Bestattungen heute

In Regensburg

Unterer Katholischer Friedhof:
11.30 Uhr, Franziska Reimer, 94 Jahre;
13.30 Uhr, Rudolf Bauer, 89 Jahre;
14.30 Uhr, Anton Mühlendorfer, 94 Jahre;
Friedhof am Dreifaltigkeitsberg:
10.30 Uhr, Dr. Otto Ernst Werner, 85 Jahre;
12.45 Uhr, Irmgard Müller, 78 Jahre.

Idee des Bürgerhaushalts findet Zustimmung

ÖDP-Antrag wird von Stadtverwaltung geprüft – Stadträte grundsätzlich einverstanden

Von Bettina Dostal

Regensburg. Mit ihrem Antrag für einen Bürgerhaushalt hat die ÖDP-Fraktion im Finanzausschuss am Dienstag nicht gerade offene Türen eingerannt, aber doch grundsätzliche Zustimmung der anderen Fraktionen erreicht. Der Antrag wurde nicht angenommen, aber Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer sicherte zu, dass die Stadtverwaltung innerhalb eines halben Jahres ein Konzept erstellen und dem Stadtrat vorlegen werde.

„Die Zeit ist reif“, begründete Stadtrat Joachim Graf den Antrag seiner Fraktion. Der Bürgerhaushalt sei eine neue Art der Bürgerbeteiligung. Die Bürger hätten ein Budget, über das sie selbst entscheiden können. Viele andere Städte hätten bereits einen Bürgerhaushalt. „Wir wundern uns, dass uns nicht schon eine andere Partei zuvorgekommen ist.“

„Bevor ich die Verwaltung losschicke, möchte ich die Richtung bestimmen“

„Das ist ein Antrag, der nicht so einfach zu beschließen ist, wie er dasteht“, erwiderte Maltz-Schwarzfischer. Es gebe unterschiedliche Konzepte in den Kommunen. „Ich habe da keinen kompletten Überblick.“ Es gebe offenbar eine große Bandbreite an Bürgerhaushalten – mit und ohne Budget. Die Stadt müsse die personelle Ausstattung und die Sachkosten zur Verfügung stellen. „Bevor ich die Verwaltung losschicke, möchte ich die Richtung bestimmen“, sagte Maltz-Schwarzfischer.

Sie wolle die Diskussion darüber, „was wir wollen“, vorschalten. „Dafür brauchen wir mehr Informationen.“ „Wir wollen keinen Bürgerhaushalt, der uns überfordert, weil wir zehn Leute einstellen müssen und irgendwelche Kampagnen begleiten.“ Sie habe deshalb Stadtkämmerer Dieter Daminger gebeten, von seinen Erfahrungen der letzten Kammereitragungen und



Die roten Bänder wiesen damals im Umfeld des Bahnhofs auf den Bürgerbeteiligungsprozess „Stadttraum gestalten“ hin. Bevor die Stadträte über einen Bürgerhaushalt entscheiden, soll erstmalig untersucht werden, welche Formen der Bürgerbeteiligung es in Regensburg bereits gibt. Foto: bd

Städtetage zu berichten. Er sei überrascht, sagte Daminger. „Das Thema spielt momentan in der Kämmererwelt keine große Rolle.“ Vor acht bis zehn Jahren sei das auf Bundesebene diskutiert worden. Das Thema sei völlig eingeschlafen. In der Kürze habe er sich nicht tiefergehend befassen können.

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung besage, dass ein Bürgerhaushalt kein Instrument der direkten Demokratie sei. Er erweitere das Spektrum der Bürgerbeteiligung. Der Haushalt beinhalte nicht, dass die Bürger entscheiden, wo das Geld ausgegeben werde. Er wolle noch einmal ordentlich recherchieren, sagte Daminger. Er habe ein ungesundes Gefühl, jetzt ein Konzept zu erarbeiten, solange die Grundlagen fehlten. „Das ist ein Auftrag, den wir so nicht erfüllen können. Das dauert einige Zeit.“ Vonseiten der Stadträte fand der Antrag grund-

sätzlich Zustimmung. Sofort „vollumfänglich“ angenommen hätte ihn die CSU-Fraktion. „Wir hätten ihn heute beschließen können“, sagte der Fraktionsvorsitzende Dr. Josef Zimmermann. So wie die ÖDP sich das vorstelle, mit einem Budget von ein bis 1,5 Prozent des städtischen Haushalts, könne der Bürgerhaushalt zwischen 4,5 und neun Millionen Euro liegen.

CSU-Stadtrat Hans Renter sagte, der Haushalt sei ein Mittel, um dem Politikverdrossen entgegenzuwirken. „Wenn Bürger entscheiden, ob sie einen Baum pflanzen“, sei das ein Stück Basisdemokratie.

Auch Richard Spieß (Linke) sagte, er könne zustimmen. Der Antrag bedeute nichts anderes, als dass die Stadt ein Konzept erstelle. Von der Qualität hänge ab, ob der Stadtrat dann zustimme. Viele Bürgerhaushalte würden daran scheitern, dass das Mögliche nicht umgesetzt wür-

de, weil es an gesetzlichen Vorgaben scheitere. „Man muss schon den Willen haben, den Bürgern Entscheidungen zuzutrauen. Den Antrag jetzt abzulehnen mit der Begründung, ein Konzept müsse erst vorliegen, „ist ein Unding“. „Hier geht es heute um eine grundsätzliche Entscheidung.“

Es sei erfreulich, dass die ÖDP sich um Bürgerengagement kümmere, sagt der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Klaus Rappert. Er wolle aber mehr Informationen, wie sich ein Bürgerhaushalt zu dem Engagement verhalte, „das wir schon haben“. Er plädierte dafür, den Antrag zurückzustellen.

„Es ist nicht seriös, auf einer unvollständigen Grundlage zu entscheiden“

„Wenn wir es übereilen, werden wir der Sache nicht gerecht“, sagte Margit Kunc, Fraktionsvorsitzende der Grünen. Es gebe unterschiedliche Auffassungen darüber, „was ein Bürgerhaushalt ist“. Sie brauche mehr Informationen darüber, wie ein Bürgerhaushalt in anderen Städten gestaltet sei, wie er umgesetzt und wie er angenommen werde. Die Stadt habe viele Beiräte, die alle ein Budget haben.

Stadträtin Gabriele Opitz (FDP) wollte zusätzlich gerne wissen, welche Fehler andere Kommunen gemacht haben.

Für Ludwig Artinger, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, ist der Antrag zu eng gefasst. Es sei nicht seriös, auf einer Grundlage zu beschließen, die unvollständig sei. Wichtig sei, erst einmal zu wissen, wie der Bürgerhaushalt funktioniert. Ihn interessiere, ob zusätzliche Mitarbeiter nötig seien und welche Kosten der Haushalt verursache.

„Wir sind nicht weit auseinander“, waren sich zum Schluss alle einig. Graf war damit einverstanden, den Antrag zurückzunehmen, mit der Zusage, dass die Verwaltung mögliche Konzepte prüft und innerhalb eines halben Jahres darüber im Stadtrat abgestimmt wird.

„Nicht wie die Schnecke bergauf“

Wirtschaftsraum Regensburg: Betriebe fordern Visionen, Kommunen wollen realistisch bleiben

Regensburg. (gib) Zum 175-jährigen Bestehen der Kammer tourt die Führungsspitze der IHK Regensburg für Oberpfalz und Kelheim aktuell durch den Bezirk. Am Mittwochabend stand bei einem Regionalemphang der Raum Regensburg im Mittelpunkt. Die Podiumsdiskussion im Sitzungssaal der IHK Regensburg verlief launig, aber auch kontrovers.

IHK-Präsident Michael Matt, der die Gäste zusammen mit Vizepräsident Peter Esser begrüßte, begann mit den Positivmeldungen. Im aktuellen Städteranking der „Wirtschaftswoche“ belegte Regensburg mit Platz sieben einen Spitzenplatz unter den 71 deutschen Städten.

„Unser Wirtschaftsstandort glänzt mit seiner hohen Industriedichte, vielen innovativen Dienstleistungsbetrieben und einer dynamischen Gründerszene“, sagte Matt. Als Herausforderungen der Zukunft nannte er den weltweit zunehmenden Protektionismus, die Digitalisierung und die Fachkräftesicherung.

Nachholbedarf beim Thema Verkehr

Unter dem Motto „Wirtschaft – Stadt – Land – Fluss“ stand die anschließende Podiumsdiskussion. Inhaltlich ging es vor allem um eine noch bessere Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Regensburg.



Über die Zukunft des Wirtschaftsraums Regensburg diskutierten Jürgen Helmes (IHK, v.l.), Wirtschaftsreferent Dieter Daminger, Landrätin Tanja Schweiger, Nicolas Maier-Scheubeck (Maschinenfabrik Reinhausen) und Alfred Rauscher (R-KOM). Foto: IHK/Bayreuther

Dass es hier Nachholbedarf gibt, vor allem, was das Thema Verkehr angeht, darüber war man sich auf dem Podium einig. Regensburgs Wirtschaftsreferent Dieter Daminger räumte ein, dass es früher Vorbehalte zwischen Stadt und Landkreis gegeben habe. „Da sind wir jetzt schon deutlich weiter“, sagte er.

Es liege auf der Hand, dass Stadt und Landkreis als Einheit gesehen werden müssten: Jeden Tag würden arbeitende Menschen ein- und auspendeln. Regensburg brauche den Landkreis als Wohnstandort. IHK-

Hauptgeschäftsführer Jürgen Helmes stellte die Frage in den Raum, wie die boomende Stadt Regensburg in den gesamten IHK-Bezirk ausstrahlen könne. In der Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Regensburg sieht er noch „viel Luft nach oben“. Er forderte ein „großes Mobilitätskonzept“.

Nicolas Maier-Scheubeck, Geschäftsführer der Maschinenfabrik Reinhausen, rechnete die Einwohner von Stadt und Landkreis Regensburg zusammen und kam auf 355.000. Mit Blick auf die steigenden Zuzugszahlen warb er dafür, ei-

nen „Masterplan 500.000“ auszuarbeiten. Dafür müssten auch „Barrieren im Kopf“ zwischen Stadt und Landkreis verschwinden. Das Tempo bei Infrastrukturmaßnahmen erinnere ihn teils an eine „Schnecke, die bergauf Slalom fährt. Das quält mich.“

Warum führt die Stadtbahn nicht bis Bernhardswald?

Als Beispiel nannte Maier-Scheubeck die geplante Stadtbahn: „Warum soll sie nur bis zur Uni fahren und nicht nach Bernhardswald?“ Die Stadtbahn sei für Regensburg eine Revolution, gab Daminger zurück. Der nötige Vorlauf sei zugegebenermaßen „verdammt lang“. Eine sternförmige Stadtbahn vom Umland nach Regensburg sei schlicht nicht finanzierbar.

Landrätin Tanja Schweiger warb stattdessen dafür, die bereits vorhandene Schieneninfrastruktur um Regensburg zu nutzen, um einen Bahnverkehr im 30-Minuten-Takt in die Domstadt zu verwirklichen. Im Juli hatten Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer sowie die Landräte der Landkreise Regensburg, Schwandorf, Neumarkt, Kelheim und Cham eine Erklärung unterzeichnet, in der sie sich für solch eine Art S-Bahn-Netz für den Großraum Regensburg stark machten. Die Stadtbahn ist für Schweiger hingegen „noch viel zu wenig konkret“.